



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Mobilität

am 04.06.2025

Anwesend

- Vorsitz

Steinkrüger, Janina

- Verwaltung

Lehrmann, Stefanie
Joseph, Daniel
Strobach, Axel
Kron, Christian
Beck, Udo
Koch, Christoph
Kerbeck, Christoph
Kundinger, Ansgar
Harz, Michael

- Gäste

Jochen Erhof (Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH)

- Mitglieder

Cavlak, Semih (Stellv. für Flegel, Sabine)
Cohnen, Ulrike
Donner, Erik bis 18:25 Uhr
Gerster, Thomas
Huck, Brian, Dr.
Imhof-Speckmann, Pia (Stellv. für Stahlheber, Veith)
Klann, Thomas (Stellv. für Engelmann, Marc, Dr.)
Kuster, Arne
Moseler, Claudius, Dr. bis 17:45 uHR
Neher, Daiana
Ott, Tim (Stellv. für Nierhoff, David)
Rast, Sabine (Stellv. für Autze-Gutte, Kersten)
Reeh, Thomas
Röder, Rupert, Dr. (Stellv. für Boos-Waidosch, Marita und Nierhoff, David)
Schweitzer, Tilman ab 16:38 Uhr
Weber, Lars ab 17:46 Uhr (Stellv. Moseler, Claudius, Dr.)

- Schriftführung

Schebitz, Tino

Entschuldigt fehlen

Autze-Gutte, Kersten
Boos-Waidosch, Marita
Engelmann, Marc, Dr.

Flegel, Sabine
Nierhoff, David
Stahlheber, Veith

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 21.01.2025 und 26.03.2025
2. Berichterstattung Straßenbahnausbau Binger Straße/Alicenbrücke
3. Berichterstattung Baustellenplan zweites Halbjahr 2025
4. Sachstand und weitere Entwicklung: Carsharing in Mainz
5. Berichterstattung zu Parkscheinautomaten und digitalen Infoschildern
6. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Hochstraße ab den Bereichen Ludwig-Richter-Straße und Schwedenstraße
Vorlage: 0632/2025
7. Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Umfeld der Kirche Sankt Stephan, umfassend die Straßen Kirchstraße, Pfarrstraße, Ellenbogenstraße, Kirchgäßchen und Butterbergreul
Vorlage: 0630/2025
8. Fortschreibung NVP Freigabe Entwurf TÖB
Vorlage: 0633/2025
9. Verschiedenes

Die Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzung vom 21.01.2025 und 26.03.2025**

Ohne Einwendungen nimmt der Ausschuss für Mobilität die Niederschriften über die Sitzungen vom 21.01.2025 und 26.03.2025 zur Kenntnis.

Punkt 2 **Berichterstattung Straßenbahnausbau Binger Straße/Alicenbrücke mündlicher Bericht der MVG**

Die Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und übergibt im Anschluss das Wort an Herrn Erhof von der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG). Er führt in die Präsentation ein (siehe Anhang) und stellt den Status der Baumaßnahmen an der Binger Straße/Alicenbrücke vor.

Ein konkreter Endtermin für die Inbetriebnahme des Straßenbahnbetriebs kann derzeit nicht genannt werden, da archäologische Funde zu Verzögerungen geführt haben. Vor diesem Hintergrund wird sich die Inbetriebnahme voraussichtlich in das 2.Quartal 2026 verschieben.

Die Sanierung der Nordseite beginnt am 5. Mai und dauert bis 18. Juni 2025. Tagsüber bleiben stadtauswärts zwei Fahrspuren offen, nachts wird der Verkehr über die Gleistrasse umgeleitet. Ab 18. Juni folgt die Sanierung der Südseite für etwa sechs Wochen. Zwischen 19. und 22. Juni ist nur eine Fahrspur verfügbar, ab 23. Juni zwei. Nachts erfolgt eine Vollsperrung mit Umleitung. Während der Sommerferien (7. Juli bis 15. August) steht jeweils eine Fahrspur pro Richtung zur Verfügung, die Auffahrt auf die Alicenbrücke bleibt vom Hauptbahnhof aus geöffnet. Ein Schienenersatzverkehr (SEV) läuft vom 7. Juli bis 24. Oktober 2025, die Haltestelle „Hauptbahnhof West“ wird in die Binger Straße 18/23 verlegt. Ab 18. August beginnen Gleisbau und weitere Sanierungsarbeiten, nach den Sommerferien stehen wieder zwei Fahrspuren je Richtung zur Verfügung. Im Zeitraum Oktober bis November 2025 wird das Baufeld in zwei Abschnitten bearbeitet, wobei der stadtauswärtige Verkehr nicht betroffen ist und stadteinwärts jeweils zwei Fahrspuren offen bleiben.

Herr Erhof bietet eine Baustellenbesichtigung für die Mitglieder des Ausschusses für Mobilität an.

Die Mitglieder nehmen die Berichterstattung mit zusätzlichen Fragen zur Kenntnis und bedanken sich für die Präsentation.

Frau Neher erkundigt sich nach der Umleitungsplanung für den Radverkehr im Hinblick auf das erhöhte Fußverkehrsaufkommen. Herr Erlhof teilt mit, dass die Situation gemeinsam mit der Straßenverkehrsbehörde geprüft und bei der weiteren Planung berücksichtigt wird.

Herr Dr. Röder fragt nach dem angestrebten Zielzustand für den Radverkehr nach Abschluss der Baumaßnahme und weist auf das vorhandene Flächenpotenzial hin. Frau Steinkrüger verweist auf den nächsten Ausschuss für Mobilität und Ordnung (AMO), in dem die Thematik vorgestellt wird.

Herr Klann erkundigt sich, ob bereits Überlegungen bestehen, die Straßenführung vor dem Bahnhof zu ändern. Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass derzeit keine Änderungen vorgesehen sind, jedoch im Zuge der Baumaßnahmen geprüft und bei Bedarf angepasst wird.

Herr Gerster regt an, den Verkehr frühzeitig durch verbesserte Beschilderung und gezielte Umleitung, beispielsweise über den Bonifaziusplatz, zu lenken, um Staus zu vermeiden. Er spricht aus seiner Sicht die Problematik der doppelten Verschwenkung an.

Herr Donner bittet darum, die vorlesungsfreie Zeit bei der Planung zu berücksichtigen und weist darauf hin, dass auch dann Studierende vor Ort sein werden. Er schlägt vor, dass Angebot von „meinRad“ gegebenenfalls zu verstärken. Zudem regt er an, die Wegeführung vom Bahnhofsvorplatz bis zum Alicenplatz zu prüfen. Darüber hinaus bittet er um eine rechtzeitige Information des anliegenden Handels und empfiehlt die Wirtschaftsförderung zu stärken. Herr Erlhof informiert, dass die Nutzungszahlen von „meinRad“ in den letzten Monaten um ca. 80 % gestiegen sind. Die Situation an den Haltestellen wird vor Ort bewertet, sobald die Maßnahmen beginnen. Frau Steinkrüger verweist auf das Baustellenmanagement sowie die laufende Informationskampagne, um möglichst viele Betroffene zu erreichen.

Herr Kuster äußert Bedenken hinsichtlich der einspurigen Verkehrsführung während der Sommerferien und bittet die Verwaltung um eine Einschätzung der zu erwartenden Fahrtrou-ten des Kraftfahrzeugverkehrs. Herr Erlhof erläutert, dass mögliche Ausweichrouten geprüft wurden, eine genaue Prognose jedoch nicht möglich ist. Er weist darauf hin, dass es zu Rückstaus kommen könne, diese jedoch voraussichtlich im vertretbaren Rahmen bleiben.

Herr Beck nimmt Stellung zu den Verkehrssicherungsmaßnahmen und geht davon aus, dass diese durch entsprechende Beschilderung geregelt werden können. Er verweist auf positive Erfahrungen aus vergleichbaren Situationen und betont, dass die Maßnahmen bei Beginn der Bauarbeiten überprüft und entsprechend angepasst werden. Hinsichtlich der Verkehrsbelastung auf den Hauptverkehrsachsen sieht Herr Beck eine gute Vorplanung.

Herr Schweitzer weist auf Sicherheitsprobleme für Fußgänger:innen in der Parcusstraße hin. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Herr Klann lobt die bisherige Kommunikation unter der Federführung von Herrn Beck und teilt die Einschätzung, dass sich die Situation nach Beginn der Maßnahmen einpendeln wird. Er bittet die MVG um die Nennung eines ungefähren Zeitfensters möglicher Verzögerungen und regt an, die Gärtnergasse als Einbahnstraße auszuweisen.

Herr Gerster bedankt sich dafür, dass die Kleine Langgasse offen bleibt, bittet jedoch um eine Optimierung der Ampelschaltung. Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf. Herr Erlhof

sagt zu, dass die MVG im nächsten Ausschuss nach der Sommerpause hierzu erneut informiert wird.

Punkt 3 **Berichterstattung Baustellenplan zweites Halbjahr 2025** **mündlicher Bericht**

Frau Steinkrüger übergibt das Wort an Herrn Koch von der Straßenverkehrsbehörde. Herr Koch erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anhang) die anstehenden Baumaßnahmen, die mit erheblichen Auswirkungen auf den Verkehr verbunden sein werden. Insgesamt handelt es sich um zehn größere Maßnahmen, die sich insbesondere in der Oberstadt ballen. Die einzelnen Maßnahmen werden von Herrn Koch im Detail vorgestellt. Für einige Baumaßnahmen können derzeit noch keine genauen Angaben zum Ausführungszeitraum und zur Dauer gemacht werden. Die Hauptgründe für die Maßnahmen sind der Ausbau der Fernwärme sowie die Erneuerung von Strom- und Versorgungsleitungen.

Die Mitglieder nehmen die Berichterstattung mit zusätzlichen Fragen zur Kenntnis und bedanken sich für die Präsentation.

Herr Dr. Moseler erkundigt sich, ob der geplante Haltestellenumbau an der Zahlbacher Straße barrierefrei erfolgen wird. Herr Erlhof bestätigt, dass der Umbau barrierefrei ausgeführt wird.

Herr Gerster regt an, ab Mombach eine großräumige Umleitung auszuweisen und bereits an der Autobahn auf die Umleitung über Industriestraße und Rheinallee hinzuweisen. Herr Koch merkt an, dass die Planungen derzeit noch nicht so weit fortgeschritten sind, um diese Maßnahmen festzulegen. Der Hinweis wird jedoch aufgenommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt.

Punkt 4 **Sachstand und weitere Entwicklung: Carsharing in Mainz** **mündlicher Bericht**

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Kerbeck vom Stadtplanungsamt, Abteilung Verkehrswesen. Herr Kerbeck berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Stand und die geplanten Weiterentwicklungen des Carsharing-Angebots in Mainz. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anhang beigelegt.

Zunächst erläutert Herr Kerbeck, dass die Stadt die Entwicklung aufmerksam beobachtet und das Angebot nachfrageorientiert ausschreiben wird. Das stationsbasierte Carsharing ergänzt den öffentlichen Nahverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr und trägt dazu bei, den Bestand an privaten Pkw zu verringern – ein einzelnes Carsharing-Fahrzeug kann bis zu 16 private Pkw ersetzen.

In Mainz sind derzeit etwa 200 Fahrzeuge von book-n-drive an 75 Stationen verfügbar, davon 25 Elektrofahrzeuge. Die Firma UrStromMobil betreibt im genossenschaftlichen Modell drei Stationen mit insgesamt fünf Elektrofahrzeugen. Die Zahl der Carsharing-Kundinnen und -Kunden in Mainz liegt aktuell bei rund 11.000. Laut Umfragen ist die Zufriedenheit mit dem Angebot hoch.

Seit 2021 sowie im Jahr 2024 wurden im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen jeweils 25 neue Stationen mit insgesamt 50 Stellplätzen geschaffen. Im Sommer 2025 kommen acht weitere Stationen mit insgesamt 21 Stellplätzen hinzu – darunter sechs Stellplätze in der Bonifaziusstraße. Herr Kerbeck zeigt auf einem Mainzer Stadtplan die bestehenden sowie die im Vergabeverfahren vorgesehenen Carsharing-Stationen.

Darüber hinaus fördert die Stadt Mainz das E-Carsharing gezielt, unter anderem durch reduzierte Sondernutzungsgebühren und einen vorgeschriebenen Mindestanteil von 20 % Elektrofahrzeugen auf öffentlichen Stellplätzen. Herr Kerbeck weist darauf hin, dass E-Carsharing nicht überall umgesetzt werden kann, da stets eine Ladeinfrastruktur erforderlich ist. Diese kann jedoch nicht an jedem Standort eingerichtet werden, etwa aufgrund von Hindernissen wie Bäumen, Leitungen oder vergleichbaren baulichen Einschränkungen.

Die Mitglieder nehmen die Berichterstattung mit zusätzlichen Fragen zur Kenntnis und bedanken sich für die Präsentation.

Frau Steinkrüger ergänzt, dass eine Reduzierung des MIV grundsätzlich zu weniger Problemen führt. Das Carsharing-Angebot trägt als unterstützendes Element dazu bei, dieses Ziel zu erreichen.

Herr Klann begrüßt das Carsharing-Angebot, kritisiert jedoch, dass in der Vergangenheit dadurch Parkplätze für Anwohner:innen weggefallen sind. Besonders bemängelt er die unzureichende Kommunikation, insbesondere gegenüber Bürger:innen, die infolgedessen nicht mehr vor der eigenen Einfahrt parken dürfen.

Frau Cohnen erkundigt sich nach dem Standort der geplanten Station in Hechtsheim. Herr Kerbeck antwortet, dass der Ortskern vorgesehen ist und zwei Standorte zur Auswahl stehen. Frau Cohnen bittet um stärkere Einbindung der Ortsbeiräte.

Herr Dr. Röder erkundigt sich nach den Lademöglichkeiten für E-Autos sowie nach den Kosten für das Vollladen bei Rückgabe des Mietfahrzeugs. Herr Kerbeck erklärt, dass die Fahrzeuge bei Rückgabe direkt an der Station aufgeladen werden und die dafür entstehenden Kosten bereits im Mietpreis enthalten sind.

Herr Schweitzer fragt, ob die neuen Ausschreibungen gebündelt erfolgen. Herr Kerbeck bejaht dies. Auf Nachfrage nach Vorgaben zu den Fahrzeugen erläutert er, dass es gesetzliche Mindestanforderungen gibt und die Stadt darüber hinaus zusätzliche Anforderungen festlegen kann. Die Ausschreibung sei offen und für alle Beteiligten transparent gestaltet.

Herr Donner fordert, die Ortsbeiräte stärker einzubeziehen. Herr Huck ergänzt, dass in der Vergangenheit Vorschläge der Verwaltung an die Ortsbeiräte gingen und Mitsprache sowie Gegenvorschläge möglich waren. Frau Steinkrüger und Herr Kerbeck nehmen diesen Hinweis zur Kenntnis und verweisen auf die Erfahrung, dass zu lange Zeiträume zwischen Vorschlag und Umsetzung dazu führen können, dass Anbieter abspringen und Planungen korrigiert werden müssen.

Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Donner weist Herr Kerbeck darauf hin, dass derzeit keine Transporter im Angebot vorgesehen sind, da die Stationen dafür zu klein sind sowie bis-

lang keine entsprechende Anforderung bestand und die Flexibilität der Anbieter erhalten bleiben soll.

Herr Klann betont abschließend, dass es vor allem auf zwei Punkte ankommt: Zum einen sei die Kommunikation entscheidend, um Missverständnisse und Konflikte zu vermeiden – ein Beispiel aus der Vergangenheit hätte durch bessere Kommunikation verhindert werden können. Zum anderen bestehe grundsätzliche Kritik an der bisherigen Informationspolitik.

Zusammenfassend nehmen die Vorsitzende und die Verwaltung die Kritik bezüglich einer besseren Einbindung und Kommunikation zur Kenntnis. Sie stellen klar, dass die Standorte stets vorab geprüft werden und nach Abschluss der Vorprüfungen die Ortsvorsteher:innen einbezogen werden.

Punkt 5 **Berichterstattung zu Parkscheinautomaten und digitalen Infoschildern** **mündlicher Bericht**

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Harz vom Stadtplanungsamt, Abteilung Verkehrstechnik. Er steigt in die Präsentation ein, die der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Harz berichtet über den Austausch von 180 Parkscheinautomaten in den Jahren 2025 und 2026. Die Ausschreibung läuft, das Auftragsvolumen beträgt ca. 1,4 Millionen Euro. Ziel ist eine kundenfreundlichere Bedienung. Die neuen Automaten ermöglichen bargeldlose Bezahlung per Karte und die Eingabe des Kfz-Kennzeichens zur automatischen Fahrzeugkontrolle. Störungen sollen durch neue Technik und zentrale Überwachung reduziert werden.

Im Bereich der umweltsensitiven Verkehrssteuerung werden die NO_x-Werte auf den Hauptverkehrsstraßen durch automatische Steuerung der Signalanlagen gesenkt. An vier Haupteinfahrtsstraßen werden LED-Anzeigetafeln installiert, die bei erhöhten NO_x-Werten informieren. Diese Maßnahme wird zu 50 % vom Bundesministerium für Verkehr gefördert. Herr Harz zeigt ein Beispielbild einer LED-Tafel aus Brandenburg und informiert, dass diese Infotafeln auch für andere visuelle Darstellungen wie Verkehrsinfos, Baustellenhinweise oder Veranstaltungshinweise genutzt werden können.

Frau Neher bittet die Verwaltung, die Ampelschaltung in der Bauhofstraße zu prüfen und zu optimieren. Herr Harz nimmt den Hinweis auf. Frau Neher regt zudem die Einführung von Countdown-Ampeln an und fragt, ob eine Umsetzung geplant ist. Die Verwaltung nimmt den Vorschlag auf. Herr Harz erläutert, dass der Einsatz von Countdown-Ampeln in Deutschland derzeit noch nicht allgemein zugelassen ist und sich entsprechende Anlagen lediglich in einigen Städten im Probebetrieb befinden.

Herr Dr. Röder schlägt vor, Verkehrsinformationen nicht nur über die Infotafeln, sondern auch über Radio oder andere Medien zu verbreiten. Herr Harz erklärt, dass solche Verbesserungen zu einem späteren Zeitpunkt geprüft und gegebenenfalls berücksichtigt werden.

Herr Gerster erkundigt sich nach dem Einsatz von Pfortnerampeln. Herr Harz beantwortet die Frage.

Herr Kuster merkt an, dass keine Erhöhung der Feinstaub- oder NO_x-Werte vorliegt, und fordert die sofortige Einstellung der entsprechenden Planungen. Frau Steinkrüger verweist auf die einschlägigen EU-Regelungen und Verordnungen.

Punkt 6 **Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Hochstraße ab den Bereichen Ludwig-Richter-Straße und Schwedenstraße**
Vorlage: 0632/2025

Herr Gerster erklärt, dass die CDU der Beschlussvorlage vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsbeirates Mainz-Bretzenheim, dessen Sitzung am 18.06.2025 stattfindet, zustimmt.

Die Vorberatung wird dementsprechend mit zwei Enthaltung beschlossen.

Punkt 7 **Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Umfeld der Kirche Sankt Stephan, umfassend die Straßen Kirchstraße, Pfarrstraße, Ellenbogenstraße, Kirchgäßchen und Butterbergreul**
Vorlage: 0630/2025

Herr Klann erklärt ebenfalls, dass die FDP der Beschlussvorlage vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsbeirates Mainz-Gonsenheim, dessen Sitzung am 10.06.2025 stattfindet, zustimmt.

Die Vorberatung wird dementsprechend mit einer Enthaltung beschlossen.

Punkt 8 **Fortschreibung NVP Freigabe Entwurf TÖB**
Vorlage: 0633/2025

Herr Weber äußert, dass er die Frist von vier Wochen für die Offenlage als zu kurz empfindet. Frau Steinkrüger und Herr Strobach merken an, dass diese Frist aus ihrer Sicht ausreichend und üblich ist. Dennoch wird in Aussicht gestellt, zu prüfen, ob eine Fristverlängerung möglich ist.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen und diesem wird einstimmig zugestimmt.

Punkt 9 **Verschiedenes**

Die Vorsitzende übergibt das Wort an den Amtsleiter des Verkehrsüberwachungsamtes, Herrn Joseph.

Herr Joseph informiert über die Problematik im Zusammenhang mit „Uber“ und den ortsansässigen Taxiunternehmen. Er weist darauf hin, dass „Uber“ als Plattform für Mietwagen agiert, weshalb die Fahrer:innen im Besitz einer entsprechenden Konzession sein müssen. In Mainz stellt sich diese Problematik derzeit nicht in größerem Umfang dar, da aktuell nur 25 Mietwagenkonzessionen vergeben sind. Es besteht jedoch ein Preiskampf zwischen den Mietwagenunternehmen und den Taxifahrer:innen. Herr Joseph betont, dass für Taxifahrer:innen strengere gesetzliche Anforderungen gelten als für Mietwagenfahrer:innen. Zudem kommt es immer wieder zu illegalen Fahrten. Mietwagenfahrer:innen dürfen grundsätzlich nur in ihrem eigenen Betriebsbereich tätig werden, mit Ausnahme von Rückfahrten. Flächendeckende Kontrollen können von Seiten der Stadt und Polizei jedoch nicht gewährleistet werden. Das Problem ist be-

kannt, jedoch liegt die Zuständigkeit zur Lösung primär bei der Gesetzgebung. Die Stadt hat lediglich eingeschränkte Möglichkeiten zur Regulierung.

Herr Gerster erkundigt sich nach der Anzahl der vergebenen Konzessionen. Herr Joseph teilt mit, dass derzeit 187 Taxi-Konzessionen bestehen und das Verhältnis zu „Uber“-Konzessionen 25 % nicht überschreiten darf.

Herr Joseph informiert zudem über das Thema Meldungen von Falschparkern sowie das hierfür eingerichtete Online-Portal. Die bisherige Verfahrensweise per E-Mail oder Brief war zu aufwendig und entsprach nicht den geforderten Qualitätsstandards, insbesondere im Hinblick auf die Anonymität der Anzeigen. Aus diesem Grund wurde das neue digitale Verfahren eingeführt. Nach zwei Wochen lässt sich bereits ein positiver Zwischenstand verzeichnen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Schweitzer teilt Herr Joseph mit, dass eine Auswertung der eingesparten Arbeitszeit derzeit noch nicht vorliegt.

Die Mitglieder nehmen den mündlichen Bericht zur Kenntnis und bedanken sich bei Herrn Joseph.

Frau Steinkrüger informiert darüber, dass die Stadt Mainz für die Teilnahme am Fußverkehrs-Check ausgewählt wurde. Der Auftaktworkshop findet am 24.06.2025 statt. Im Rahmen dieses Termins werden die Begehungsrouten festgelegt sowie erste Schwachstellen im Fußverkehr identifiziert. Die anschließenden Begehungen vor Ort sind für den 01.07.2025 und den 18.09.2025 vorgesehen. Der Abschlussworkshop, in dem Lösungsansätze und Fördermöglichkeiten für den Fußverkehr erörtert werden, ist für den 28.10.2025 geplant. Der Abschluss des gesamten Projekts ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen.

Frau Steinkrüger informiert über den aktuellen Stand des Radnetzes sowie über das zweite Bürgerbeteiligungsverfahren, zu dem alle Mitglieder eingeladen sind.

Zum Abschluss der Ausführungen stellt sie den neuen Radfahrbeauftragten der Stadt Mainz, Herrn Ansgar Kundinger, vor. Herr Kundinger nutzt die Gelegenheit, sich im Anschluss kurz vorzustellen.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

gez. Janina Steinkrüger

.....

Vorsitz

gez. Tino Schebitz

.....

Schriftführung